

## **Haushaltsrede 2017 von Herrn Landrat Stefan Bär**

**Kreistagsitzung am 20. Oktober 2016**

---

Meine sehr verehrten Damen und Herren Kreisräte,

die Einbringung des Haushalts ist traditionell die Stunde der Verwaltung. Sie sind es gewohnt, dass sowohl unser Kreiskämmerer Herr Bernhard, als auch ich den Haushalt näher vorstellen. Ich möchte heute davon etwas abweichen und mich nur auf die großen Linien und Aufgabenschwerpunkte beschränken. Dies ist auch deshalb möglich, weil der Haushalt 2017 trotz einiger Rekordzahlen keine großen Überraschungen bietet, sondern weitgehend unseren Beratungen und Beschlüssen in den letzten Monaten folgt.

### **Den Wandel gestalten.**

Unter diese Überschrift möchte ich meine diesjährige Haushaltsrede stellen. Unsere Gesellschaft ist in vielen Bereichen im Wandel begriffen. Wir spüren, dass sich Gewohntes verändert und lieb gewonnene Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt werden. Unser Land galt lange als ein Hort der politisch stabilen Mitte mit einem breiten bürgerschaftlichen Konsens in den wichtigsten gesellschaftlichen Fragen. Dieser Konsens scheint nun zu bröckeln. Die aktuellen Herausforderungen der Welt – Flüchtlingskrise, Brexit, die Diskussionen um Europa oder auch die Niedrigzinsphase und ihre Auswirkungen auf uns alle – beschäftigen viele und führen dazu, dass die politische Grundausrichtung und das Ringen

um den richtigen Weg anders und teilweise auch schärfer diskutiert werden als zuvor. Die in einigen europäischen Ländern anstehenden Wahlen im kommenden Jahr werden diese Diskussionen sicher noch einmal zuspitzen, sicher auch bei uns.

Was das alles mit uns im Landkreis Tuttlingen zu tun hat?

Nun, zum Einen betreffen uns die Auswirkungen dieser Krisen direkt und unmittelbar. Zum Zweiten haben wir aber als Kommunalpolitiker eine entscheidende Verantwortung dafür, wie wir uns diesen Fragen stellen wollen. Veränderungen hat es in der Geschichte schon in weitaus größerem Ausmaß gegeben, insofern sollten sie uns auch keine Angst machen. Nichts ist beständiger als der Wandel. Die vielleicht vornehmste Pflicht der Kommunalpolitik ist es gerade, diesen Wandel zu gestalten. Das ist unsere Aufgabe und unsere Verpflichtung und dazu soll auch der Haushalt 2017 seinen Beitrag leisten.

Die **Flüchtlingskrise** hat uns vor allem Ende des vergangenen Jahres aber auch noch in den ersten Monaten 2016 vieles abverlangt und teilweise auch an unsere Grenzen geführt. Dennoch haben wir Großartiges geleistet. Ich möchte deshalb zunächst noch einmal allen sehr herzlich danken, die dazu, sei es im Ehrenamt aber auch im Hauptamt, beigetragen haben.

Nun steht ein Perspektivenwechsel an. Die Unterbringung ist gesichert und verläuft in geregelten Bahnen. Das **Megathema der Integration** fordert uns nun umso stärker heraus. Integration hat viele Facetten:

Natürlich primär die Sprache, Bildung, Schule, Ausbildung und Beruf. Über allem aber steht das Zusammenleben und der soziale Frieden in unserem Landkreis. Bisher ist uns dies gut gelungen, wir müssen nun aber noch einmal eine Schippe drauf legen.

Integration erfordert Zeit und Geduld, vor allem aber intensive Betreuung und damit Personal. Das alles kann nicht von Ehrenamtlichen geleistet werden. Wir dürfen diese nicht alleine im Regen stehen lassen sondern müssen auch von unserer Seite – damit meine ich Gemeinden und den Landkreis – Beistand leisten. Der Haushalt 2017 enthält deshalb nochmals zusätzliche Stellen, sei es im Bereich des kommunalen Jobcenters oder der Verwaltung. Bisher hat sich unsere Sozialarbeit überwiegend auf die vorläufige Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften beschränkt. Wir werden diese nun auch auf die Anschlussunterbringung ausweiten müssen, denn immer mehr Menschen kommen in den Gemeinden an. Unser primäres Ziel ist es, die Sozialbetreuung durch Umschichtungen von Personal, das bisher in den GUs tätig war, sicherzustellen. Falls dies nicht ausreichen sollte, müssen wir gegebenenfalls aber noch einmal nachlegen. Wir werden noch dieses Jahr ein Konzept dafür mit den Gemeinden diskutieren und es danach in die Haushaltsberatungen einbringen.

Bei allem Pragmatismus, der sich bewährt hat und an dem wir festhalten wollen: Integration kostet Geld. Der vom Land viel beschworene „Pakt für Integration“ muss nun endlich mit Leben und Inhalt gefüllt werden. Vor allem aber mit Geld für diejenigen, die diese Arbeit vor Ort leisten müssen, nämlich die Gemeinden und die Landkreise. Vermutlich werden wir dafür auch eigenes kreiskommunales Geld aufbringen müssen. Bund und vor allem Land müssen aber dazu weiter einen stärkeren Beitrag leisten. Die bisher im Raum stehenden Überlegungen – eine Mischung aus Förderprogrammen und Kopfpauschalen - reichen dazu nicht aus. Wir brauchen eine Regelung, die nicht zu Mehreinnahmen bei den Gemeinden führt und die Kreise außen vor lässt, obwohl wir letztlich operativ die Ausgaben zu tragen haben. Dieses Prinzip hat schon bei der Finanzierung der Eingliederungshilfe nicht funktioniert.

Wir verlassen uns auch im Haushalt 2017 auf die Zusage des Landes, dass die Unterbringungskosten vollständig im Rahmen einer Spitzabrechnung getragen werden. Erfreulich ist, dass der Bund mittlerweile im Bereich des SGB II für die Anerkannten beziehungsweise geduldeten Flüchtlinge, zumindest für die Unterkunft, die Kosten ebenfalls in voller Höhe übernehmen wird. Es ist schön und ehrenwert, wenn der Bund darüber hinaus noch weitere Mittel an die Länder weiterleitet. Diese müssen dann aber auch in vollem Umfang bei den Akteuren vor Ort ankommen und dürfen nicht im Landeshaushalt versickern wie es bis jetzt den Anschein hat.

Die Flüchtlinge werden zu **Mehrausgaben im Sozialbereich** führen. Dass dieser im kommenden Jahr deutlich ansteigt und eine erneute Rekordhöhe von 61,8 Mio EUR erreicht hat - 2,9 Mio mehr gegenüber

2016 - geht aber auf andere Gründe zurück. Die stärkste Zunahme bei den Soziallasten haben wir im Bereich der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe zu verzeichnen, in der Summe alleine 2,2 von den 2,9 Mio. Wir werden älter! Ein banaler Satz, den wir schon lange hören, der nun aber langsam auch in den Sozialsystemen spürbar ankommt. Bester Beleg dafür ist die ungebrochene Dynamik beim Anstieg der Pflegekosten.

Besorgniserregend ist dabei weniger der jetzige absolute Anstieg der Zahlen, sondern die Entwicklung, die noch vor uns liegt. In dem aktuell laufenden Gesetzesverfahren zur Neuregelung der Pflege werden neue Ansprüche geschaffen, die kostentreibend wirken und damit die Pflegeheimkosten deutlich erhöhen werden. Darüber hinaus wird auch der Kreis der Bedürftigen weiter ausgeweitet. Man kann dies grundsätzlich positiv sehen: wer will letztlich älteren und bedürftigen Menschen nicht helfen. Fakt ist aber, dass dies alles zusätzliches Geld kostet, das die Betroffenen immer weniger selbst aufbringen können, sodass letztlich der Staat – konkret also wir! – über die Sozialhilfe einspringen muss.

Wir müssen realistisch sein: Diese Entwicklung werden wir nicht aufhalten können. Umso wichtiger ist es, dass wir ergänzend zur Abfederung neue Formen der eigenen Vorsorge und niederschwellige Angebote aufbauen. Wir werden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die **seniorenpolitische Rahmenkonzeption** vorstellen, die Basis für solche Maßnahmen sein soll. Bei der Bewältigung dieser wichtigen Zukunftsaufgabe werden nicht nur der Landkreis alleine sondern vor allem die Gemeinden gefordert sein. Das Projekt „Alter und Technik“ soll dafür ebenfalls einen Beitrag leisten. Es kann aber nicht der alleinige Baustein sein. Wir müs-

sen daran arbeiten, dass Heimaufenthalte so lange als möglich hinausgeschoben oder gar ganz vermieden werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn wir über diese Entwicklung nachdenken so drängt sich vor allem eine Frage auf. Noch können wir die steigenden Sozialkosten über unsere starke Wirtschaft auffangen. Was aber passiert, wenn die wirtschaftliche Entwicklung einmal nicht mehr nach oben geht oder gar einbrechen sollte? Die Einführung von Ansprüchen und das Setzen von Standards ist leicht. Einschnitte dagegen werden erfahrungsgemäß umso schwieriger sein.

Wir können uns diese sozialen Standards dauerhaft nur leisten, wenn das dafür notwendige **Wirtschaftswachstum** gegeben ist. Investieren und wachsen müssen unsere Betriebe alleine. Wir als Landkreis müssen im Rahmen unserer Möglichkeiten aber alles dafür tun, dass wir durch positive Rahmenbedingungen in unserem Landkreis beste Bedingungen dafür schaffen. Dazu gehören neben unseren Berufsschulen, neben der Hochschule und dem neuen IFC auch eine funktionierende Breitbandinfrastruktur, effiziente Verwaltungsabläufe aber vor allem ein positives Denken für die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Belangen. Diese Entwicklungen müssen wir im Blick haben und nach Kräften fördern.

Der Landkreis Tuttlingen steht nach wie vor gut da. Die aktuelle Prognos-Studie zeigt, dass wir unsere Spitzenposition in der Region gefestigt haben. Allerdings spricht diese Studie auch einige Bereiche an, in denen auch wir uns noch verbessern können.

Die Fachkräftesicherung wird immer mehr zu einem bestimmenden Faktor. Wir leben schon jetzt vom Zuzug, haben aber gleichzeitig ein noch nicht ausgeschöpftes Potential bei den berufstätigen Frauen. Wenn wir dieses beheben wollen, setzt dies entsprechende Betreuungsangebote für die Kinder voraus. Natürlich ist es positiv, wenn heute noch Familienstrukturen da sind, die staatliche Betreuungsangebote ersetzen können. Dies wird auf Dauer aber nicht mehr funktionieren, sei es weil der Familienverband fehlt oder sei es weil die jungen Frauen von sich aus mehr arbeiten wollen. Wir wollen deshalb die Frage einer bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Betreuungsangebotes im kommenden Jahr im Rahmen eines „**Betreuungsgipfels**“ mit den Gemeinden und der Wirtschaft zusammen zum Thema machen.

Es ist gut, dass wir mit der **Hochschule** in Tuttlingen und dem im Bau befindlichen **Innovations- und Forschungszentrum** wichtige Bildungseinrichtungen haben, die auch junge Leute an unseren Landkreis binden. Vor allem das neue IFC kann einen wichtigen Beitrag dafür leisten, um die strukturellen Veränderungen in unserer Wirtschaft, denen wir entgegen sehen müssen, mit zu begleiten und darauf Antworten zu geben. Aber auch wir sind gut beraten, uns frühzeitig Gedanken über die anstehenden Veränderungen zu machen.

Mit der **Breitbandinitiative Tuttlingen** haben wir einen wichtigen Schritt zum Aufbau der Glasfaserinfrastruktur im Landkreis getan. Die BIT ist gegründet, sie nimmt nun Fahrt auf, sie wird aber alleine kein Selbstläufer sein. Werben und Überzeugungsarbeit vor Ort ist erforderlich, hier

sind vor allem die Bürgermeister als Multiplikatoren gefordert. Wir müssen die Bedeutung dieses Themas in den Köpfen der Entscheidungsträger vor Ort verankern.

Politik in Bund und Land haben die grundsätzliche Bedeutung erkannt und Ziele formuliert. Wer kurzfristige und ehrgeizige Ziele setzt, muss aber deutlich mehr Geld dafür in die Hand nehmen, als bisher dafür im Raume steht und vor allem nicht Fördersätze anpreisen, die sich dann bei der konkreten Antragstellung ganz anders darstellen. Diesbezüglich müssen wir gemeinsam am Ball bleiben.

Das Thema **Digitalisierung** wird derzeit vorwiegend mit dem Fokus auf die Wirtschaft diskutiert. Sie wird aber auch vor der Verwaltung nicht Halt machen. Die Entwicklung ist rasant und zeigt eine große Dynamik. Auch hier wollen wir Schritt halten und vor allem in den Berufsschulen aber auch in der Verwaltung die technischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir die Potentiale der Digitalisierung und des E-Governements für uns selbst aber auch als Dienstleister für unsere Kunden nutzen können. Wir werden in den nächsten vier Jahren 3 Mio. EUR in diese große Aufgabe investieren. Die Banken haben es vorgemacht: Die Abläufe in der Verwaltung werden sich ändern, schneller als sich manche dies heute noch vorstellen. Wir müssen uns in dem Erweiterungsbau auf diese Entwicklungen einstellen. Finanzieren wollen wir diesen zusätzlichen Bedarf durch Umschichtungen im laufenden Betrieb, Herr Bernhard wird nachher darauf noch näher eingehen.

Im kommenden Jahr 2017 werden wir im Kreistag **zwei grundlegende Entscheidungen** mit großer Tragweite für die Zukunft treffen müssen.

Die eine betrifft den geplanten **Erweiterungsbau**, in dem wir unsere zahlreiche Außenstellen hier am Standort konzentrieren wollen. Dies ist kein Prestige-Bau sondern eine schlichte Notwendigkeit: es ist auf Dauer betrachtet die wirtschaftlichste Lösung. Die bisherige Vorbereitung des Prozesses ist sehr gut verlaufen. Die Wettbewerbsentwürfe liegen vor, die Preisträger wollen wir in diesem Jahr noch küren. Danach müssen die Planungen fortgesetzt und vor allem ein verlässliches Kostentableau erstellt werden. Dann müssen wir mit dem Baubeschluss dieses Großprojekt endgültig freigeben.

Darüber hinaus steht die Verabschiedung des **Nahverkehrsplanes** an. Auch an diesem Prozess arbeiten wir gemeinsam mit Ihnen schon einige Monate. Der Nahverkehrsplan wird die Basis für die künftige Ausrichtung des öffentlichen Nahverkehrs im Landkreis sein. Wir haben mit TUTicket bereits ein sehr erfolgreiches System geschaffen, um das uns manche Landkreise was die Dichte und Bandbreite der Verbindungen betrifft beneiden . Der ÖPNV nicht nur im Kreis sondern in der Region kann sich mehr als sehen lassen. Er wird – davon bin ich überzeugt – in Zukunft sogar noch an Bedeutung gewinnen.

Wir haben bisher die Zielsetzungen für den ÖPNV nicht primär wirtschaftlich an den Kosten sondern politisch ausgerichtet. Insbesondere ist es uns wichtig, dass wir alle Gemeinden im Landkreis unabhängig von ihrer Größe einbinden. Das hat nicht nur etwas mit Kreisentwicklung zu tun sondern hat auch zu einer gewachsenen Kreisidentität wesentlich

beigetragen. Das ist ein hohes Gut. ÖPNV ist ein wichtiger Standortfaktor für jede Gemeinde unabhängig von ihrer Größe. An diesem Ziel sollten wir unbedingt festhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Aufgaben in einem Kreishaushalt ändern sich von Jahr zu Jahr. Die Frage der Finanzierung und damit letztlich die Frage der Höhe der **Kreisumlage** bleibt die einzige Konstante.

Es gibt im Landkreis Tuttlingen eine gute Tradition des Miteinanders in dieser Frage. Wir haben in den vergangenen beiden Jahren den Kreisumlagehebesatz im Umfang von 1,2 Prozentpunkte gesenkt. Wir wollten damit einen Teil der positiven wirtschaftlichen Entwicklung auch an die Gemeinden weitergeben. In diesem Jahr müssen wir Sie aber um eine Anhebung um 0,5 %-Punkte bitten, die ausschließlich durch den Anstieg der Eingliederungshilfe begründet ist. Sie wissen alle, dass der Bund die Eingliederungshilfe seit einiger Zeit mitfinanziert. Die Gemeinden erhalten dafür einen höheren Umsatzsteueranteil, der Kreis – und das ist das Ärgerliche dabei – geht aber leer aus, obwohl die Ausgaben bei uns anfallen. Das ist ein systemwidriges Finanzierungsmodell. Insgesamt kommen bei den Gemeinden auf diesem Wege nur in 2017 2,7 Mio EUR an. Zeitversetzt macht sich zumindest ein Teil davon in höheren Steuerkraftsummen und damit auch in späteren Kreisumlagegeldern bemerkbar. Ca. zwei Drittel konkret 1,8 Mio bleiben aber dauerhaft bei den Gemeinden, obwohl wir, wie gesagt, dafür steigende Kosten haben.

Um es auf den Punkt zu bringen:

Wir haben im Bereich der Eingliederungshilfe gegenüber 2016 Mehrausgaben von 1,2 Mio.

Die Gemeinden haben dafür in 2015 eine Umsatzsteuerbeteiligung von 908.000 erhalten, von denen 34 % oder 312.000 über die höhere Steuerkraft in die Kreisumlage bereits dem Haushalt 2017 zugeflossen sind. Es bleibt also für uns eine offene Belastung von 907.000 übrig.

Die von uns vorgeschlagene Hebesatzerhöhung gleicht exakt diese Lücke aus und schöpft den Betrag ab, den die Gemeinden vereinnahmt haben, obwohl die Kosten bei uns anfallen. Insofern ist dies ein mehr als fairer Lastenausgleich.

Deshalb halte ich den Vorschlag zur Erhöhung des Hebesatzes nicht nur absolut für vertretbar sondern sachlich auch vollumfänglich begründet. Ich bitte Sie, dass wir unsere bewährte und gewachsene Tradition des Zusammenhaltes auch in dieser zentralen Frage künftig fortsetzen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat des ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton:

„Mächtige Kräfte erschüttern und gestalten sie um, unsere Welt, und die brennende Frage unserer Zeit lautet, ob wir den Wandel zu unserem Freund statt zu unserem Feind machen können.“

Lassen Sie uns gemeinsam diese Frage positiv beantworten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.